

Neonazis online: massiver Missbrauch des Web-2.0

6.000 rechtsextreme Beiträge | Hohe Zugriffszahlen | Plattformbetreiber und User müssen demokratische Grundwerte verteidigen

Mainz/Berlin, 21.07.11

Rechtsextreme haben ihre Präsenz im Internet verstärkt, ihre Hassinhalte erreichen dadurch ein immer größeres Publikum. "Neonazis werben in Sozialen Netzwerken, auf Videoportalen und Blogs um Jugendliche", erläutert Stefan Glaser, Leiter des Bereichs Rechtsextremismus von jugendschutz.net. "Es kann nicht angehen, dass Rechtsextreme diese Dienste für ihre Hasspropaganda missbrauchen. Betreiber wie YouTube und Facebook müssen mehr tun, um das zu verhindern."

Etwa 6.000 rechtsextreme Beiträge hat jugendschutz.net 2010 laut ihrem aktuellen Bericht im Web-2.0 dokumentiert und damit drei Mal so viele wie im Vorjahr. Vor allem "Autonome Nationalisten" ködern mit modernen und professionellen Angeboten, auf denen sie Action, Kommunikation und Multimedia bieten. Auch die NPD wirbt nicht mehr nur auf knapp 250 Websites um ein junges Publikum, sondern längst auch mit Beiträgen in Communitys und auf Videoplattformen.

Angesichts dieser Entwicklungen fordert Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung – bpb, mehr soziale Verantwortung der Netzgemeinde. "Die arabische Revolution hat gezeigt, welches demokratische Potenzial in den Plattformen steckt. Wir brauchen User, die unsere grundlegenden Werte verteidigen und Neonazis konsequent in die Schranken weisen." Die bpb fördert zahlreiche Initiativen gegen Extremismus und für Demokratie und Toleranz.

Auch Familien brauchen Unterstützung. Martin Ziegenhagen, Leiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, erläutert: "Nur wenige Eltern können mit den Medienwelten ihrer Kinder mithalten, Neonazis haben da leichtes Spiel." In einem neuen Projekt im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ arbeitet die Online-Beratung daran, Eltern handlungsfähig zu machen. Aber auch auf anderen Ebenen ist Einsatz nötig. "Jugendliche selbst müssen in punkto Medienkompetenz fit gemacht werden, etwa über Peer Education. Darüber hinaus ist eine breit angelegte Aufklärung aller gesellschaftlichen Gruppen gefordert", so Ziegenhagen.

Viele Kampagnen von Rechtsextremen erhalten derzeit großen Zuspruch. Ein aktueller Clip zeigt Fackelträger beim nächtlichen Marsch durch leere Straßen, die Gesichter mit weißen Masken verhüllt. Die Szenerie wird untermalt von dramatischer Musik. Dahinter stecken Neonazis, die vor dem "drohenden Volkstod" warnen und dabei rassistisches und antidemokratisches Gedankengut verbreiten. Das Video erzielte binnen weniger Wochen mehr als 20.000 Zugriffe. Vor allem bei stark emotionalen Themen sind die Zugriffszahlen sehr hoch: Ein rechtsextremes Musikvideo zum Thema Kindesmissbrauch brachte es bislang auf knapp 900.000 Klicks.

Der Bericht von jugendschutz.net zeigt auch: Je stärker sich die Aktivitäten der Rechtsextremen ins Web-2.0 verlagern, desto wichtiger ist es, dass die großen ausländischen Plattformen wie Facebook und YouTube Regeln aufstellen und effektiv durchsetzen. jugendschutz.net erreicht zwar in vielen Fällen eine schnelle Entfernung von strafbaren Inhalten aus dem Netz, es gibt jedoch zu wenige Vorkehrungen, damit dieselben oder ähnliche Beiträge nicht erneut hochgeladen werden.

Bericht von jugendschutz.net zu Rechtsextremismus im Internet kostenlos zum Download:
www.hass-im-netz.info/bericht2010

Über jugendschutz.net

jugendschutz.net unterstützt die Jugendministerien der Länder und die Kommission für Jugendmedienschutz. Die länderübergreifende Stelle, die 1997 eingerichtet wurde, drängt auf die Einhaltung des Jugendschutzes im Internet und sorgt dafür, dass Anbieter problematische Inhalte rasch ändern oder löschen. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Internet wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Kontakt: Kristina Hammann, kh@jugendschutz.net, Tel. (06131) 32 85-317
www.jugendschutz.net

Über die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus steht Menschen, die in ihrem privaten oder beruflichen Umfeld mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, mit Informationen und Rat zur Seite – anonym und kostenlos. Die Online-Beratung ist eine Einrichtung von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ Ihre Projekte werden gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung und im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vom Bundesministerium des Innern sowie im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Kontakt: Liane Czeremin, czeremin@gegen-vergessen.de, Tel. (030) 263978-43
www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de